

# grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

## INHALT

### Klimaschutz

Die Konjunkturprogramme müssen nachhaltig sein. **S. 2/3**

### Verkehrswende

Der ÖPNV muss gestärkt aus der Krise kommen. **S. 4**

## Keine Erhöhung

Angesichts der wirtschaftlich einschneidenden und sozialen Folgen der Corona-Pandemie verzichten die Parlamentarier\*innen auf die diesjährige Diäterhöhung. Die entsprechenden Änderungen des Abgeordnetengesetzes und der Landesverfassung hat die Bürgerschaft in 1. Lesung mit den Stimmen der Grünen beschlossen.

## Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen  
Tel.: 0421 /3011-0  
E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
ViSdP: Matthias Makosch  
Texte: Matthias Makosch  
Fotos: Elisa Meier, iStockphoto

# Kurzarbeitgeld sozial staffeln



muss es Verbesserungen für Beschäftigte in Altersteilzeit geben. Die von der Deutschen Rentenversicherung vorgesehene Nacharbeit aufgrund von Arbeitsausfall in der Altersteilzeit durch Kurzarbeit soll ausgeschlossen werden.

„Das Kurzarbeitergeld muss armutsfest werden. Menschen mit geringem Einkommen brauchen vom ersten Tag an 90 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens, um über die Runden zu kommen. Das betrifft insbesondere viele

**D**er Kurzarbeitergeld-Kompromiss der Großen Koalition schützt Menschen mit geringem Einkommen nicht hinreichend vor dem Abgleiten in Armut. Denn nach den Plänen der Bundesregierung würden Menschen mit einem niedrigen Nettoeinkommen erst ab dem siebten Monat genügend Kurzarbeitergeld erhalten, um davon auch leben zu können. Bis dahin wären sie weiterhin zum Aufstocken gezwungen. Die Grünen-Fraktion drängt deshalb darauf, den Groko-Kompromiss sozialer zu gestalten. Zudem

Frauen, die im Einzelhandel beschäftigt sind, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Henrike Müller.

Konkret fordern die Grünen: Bei Nettoeinkommen von weniger als 2300 Euro pro Monat soll das Kurzarbeitergeld gestaffelt auf bis zu 90 Prozent bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1300 Euro erhöht werden. Und das vom ersten Tag an. „Ein sozial gestaffeltes Kurzarbeitergeld vermeidet den Zwang zum Aufstocken, entlastet die Jobcenter und schont die kommunalen Haushalte“, betont Henrike Müller.

# „Die Klimakrise wird Jahrzehnte bestimmen“

Philipp Bruck erläutert im Interview, warum die im Zuge der Corona-Pandemie anstehenden Konjunkturprogramme mehr Klimaschutz ermöglichen müssen.

**D**ie Corona-Pandemie dominiert die Nachrichten, 40.000 Menschen bei Klimaprotesten wie zuletzt im Herbst sind undenkbar: Bedeutet das Virus das Ende für die Klimaschutzanstrengungen?

**Philipp Bruck:** Nein. Corona wird uns noch länger begleiten – und die Welt anschließend nicht mehr die gleiche sein. Dieser schmerzhaft erzwungene Neustart ist auch eine Chance für die Gesellschaft als Ganzes und insbesondere für den Klimaschutz. Dafür ist es aber wichtig, dass wir nicht einfach zurückkehren zu unserem Leben und unserer Wirtschaftsweise vor Corona. Die Pandemie hat uns viel gezeigt: über die mögliche Geschwindigkeit und Entschlossenheit politischen Handelns und die Bereitschaft zu kurzfristigen Veränderungen. Über die Bedeutung von sozialen Kontakten und Sorgearbeit. Über die Abhängigkeit des Kapitalismus vom Konsum und die Unabhängigkeit unseres Glücks vom Massenkonsum. Und nicht zuletzt über die Bedeutung wissenschaftlicher Empfehlungen für politisches Handeln. Diese Lehren müssen wir mitnehmen in die Zeit nach Corona.

**Autoindustrie und Agrarlobby rütern bereits am Green New Deal, weil Öko-Auflagen angeblich den Wirtschaftsaufschwung nach der Corona-Krise gefährdeten. Sind Aufschwung und mehr Klimaschutz tatsächlich ein Widerspruch?**

Das Gegenteil ist der Fall. Mit der Klimakrise droht eine noch weit

**„Mit der Klimakrise droht eine noch größere Katastrophe.“**

größere Katastrophe als durch die Corona-Pandemie. Die Klimakrise wird die nächsten Jahrzehnte bestimmen, das gilt auch für die Wirtschaft. Wenn wir jetzt den Aufschwung nicht klimafreundlich gestalten, können wir die Probleme vielleicht für ein paar Jahre kaschieren, gefährden aber langfristig die Stabilität der Unternehmen. Dabei darf Aufschwung nicht als Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verstanden werden, sondern als gesellschaftlicher Fortschritt.

**Nach der Krise kommen zum Ankurbeln der Wirtschaft die Konjunkturprogramme, wie kann damit der**

**Klimaschutz vorgebracht werden?**

Investitionen in Klimaschutz sind das bestmögliche Konjunkturprogramm. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien oder umweltfreundlichen Verkehrsmitteln schafft unglaublich viele Arbeitsplätze und wird Gesellschaft und Wirtschaft robuster für zukünftige Krisen aufstellen. Das gilt nicht nur für die Klimakrise: Wenn wir nicht mehr auf fossile Brennstoffe aus dem Ausland angewiesen sind, hat das zum Beispiel auch außenpolitisch eine Bedeutung.

**Was ist beim Wirtschaftsumbau für weniger Treibhausgas-Emissionen zu beachten?**

Entscheidend ist, die Wirtschaftshilfen an Klimaschutzmaßnahmen zu koppeln. Das können zum Beispiel ganz direkt Investitionszuschüsse für die Photovoltaikanlage oder Gebäudesanierung sein, aber auch pauschale Hilfen, die dann aber mit Klimaauflagen verbunden werden.

**Bekommen am Ende also alle Geld – auch Großkonzerne aus klimaschädlichen Branchen wie der Luftfahrt-**

## oder der Automobilindustrie?

Auch die sollten eine Chance auf Fördermittel haben – wenn sie zeigen, wie ihr Geschäftsmodell in einer klimaneutralen Welt funktioniert und wie sie dort hinkommen. Auch in dreißig Jahren wird es ja Autos und Flugzeuge geben – nur müssen es andere und deutlich weniger sein, wenn wir das Paris-Abkommen einhalten wollen. Das Geld darf daher nicht bedingungslos gezahlt werden, sondern muss an den klimafreundlichen Umbau geknüpft sein. Dafür wird es auch nötig sein, dass der Staat sich Mitspracherechte sichert, und dass beispielsweise Automobilkonzerne nicht mehr die Größe haben, die sie heute haben.

## Gilt das auch für die Fleischindustrie?

Umso mehr! Hier reicht zum klimafreundlichen Umbau schließlich

keine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Schlachthofs, die Tierbestände müssen deutlich sinken. Dann kommt es auch drauf an, für die bislang dort Beschäftigten eine gute Lösung zu finden. Es braucht auch neue Formen sozialer Absicherung. Zum Schutz von Konzernen blind in klimaschädliche Industriezweige zu investieren, wie damals mit der Abwrackprämie, wäre dagegen fatal. Der grüne Aufschwung nach der Krise darf kein Wiederaufbau der klimaschädlichen Wirtschaft vor der Krise sein.

## Was kann neben dem Bund auch Bremen auf Landesebene leisten, um aus dieser Krise mit der richtigen Weichenstellung für den Klimaschutz hervorzugehen?

Zunächst brauchen wir die richtigen Investitionen in die Infrastruktur: Fuß- und Radwege müssen ausgebaut werden, neue Busse angeschafft und Straßenbahnen ausgebaut

werden, wir müssen die öffentlichen Gebäude sanieren und dafür sorgen, dass auf jedem geeigneten Dach eine Solaranlage installiert wird. Ein Problem bei der Planung von Wirtschaftshilfen ist, dass das Geld im Wesentlichen vom Bund kommen muss. Bremen wird nicht aus eigener Tasche Großkonzerne wie Airbus oder Daimler absichern, und auch in der Breite muss der Bund für die Finanzierung sorgen.

## Die erwarteten Konjunkturprogramme des Bundes sind aber noch nicht bekannt.

Genau – aber Bremen muss darauf so gut wie möglich vorbereitet sein: mit Konzepten, mit Planungen und mit dem nötigen Personal, um Gelder und Projekte nach Bremen und Bremerhaven zu holen. Das gilt für Infrastruktur genauso wie für Unternehmen. Dazu kann es auch sinnvoll sein, Unternehmen bei der Entwicklung von Zukunftsprojekten, bei der Antragstellung und bei der Realisierung zu unterstützen. Aber egal ob Bremer Umsetzung eines Bundesprogramms oder eigenes Bremer Konjunkturprogramm: Es muss in jedem Fall der Klimavorbehalt greifen, den die Koalition im Januar beschlossen hat. Die Bewältigung der Coronakrise darf die Klimakrise nicht verschärfen, im Gegenteil, die anstehenden Investitionen und gesellschaftlichen Veränderungen müssen genutzt werden, um Bremens Weg in die klimaneutrale Zukunft zu beschleunigen.



# Verkehrswende wieder voranbringen

Die Corona-Pandemie bedroht die klimaschonende Verkehrswende, der ÖPNV fährt derzeit massive Verluste ein. Viele Menschen meiden derzeit Bus und Bahn, die BSAG erwartet im schlimmsten Fall ein Minus von über 30 Millionen Euro. Aber auch Carsharing-Anbieter kommen in die Bredouille. Zugleich sind wieder mehr Menschen mit dem eigenen Pkw unterwegs, aber auch der Rad- und Fußverkehr haben zugenommen. Während die Abkehr vom ÖPNV hin zum Pkw dem Klimaschutz schadet, muss der Trend zu mehr Fuß- und Radverkehr die Corona-Krise überdauern. Dafür ist eine gute Infrastruktur mit genügend Abstand nötig, das geht nur mit einer Umverteilung des öffentlichen Raumes zu Gunsten klimafreundlicher Mobilität. Was jetzt zu tun ist, um die Verkehrswende wieder in die Spur zu bringen, hat die Grünen-Fraktion in einem Positionspapier beschlossen.

Die Kernforderungen: ein Stabilitätsfonds für den ÖPNV durch den Bund und strukturelle Verbesserungen wie mehr Strecken und bessere Taktung durch den Bremen Fonds, Investitionen in bessere Rahmenbedingungen für den Fuß- und Radverkehr und Unterstützung für Carsharing durch Verzicht auf Stellplatzmiete. Kontraproduktiv für die

Verkehrswende wäre hingegen eine Abwrackprämie für Diesel & Co., die die Grünen ablehnen.

Aus der Verkehrswende darf keine Verkehrswende werden, so der verkehrspolitische Sprecher Ralph



Saxe, deshalb sind jetzt nachhaltige Investitionen in umweltfreundliche Mobilität nötig: „Der Trend zur individuellen Pkw-Nutzung in der Corona-Krise ist Gift für den Klimaschutz. Eine Abwrackprämie wäre das völlig falsche Signal, nötig sind ökologische Auflagen bei den Hilfen für Autobauer. Damit sich die Klimakrise nicht weiter verschärft. Vor allem in den ÖPNV muss massiv investiert werden, um das Vertrauen der Nutzer\*innen zurückzugewinnen

und mehr Menschen zum Umstieg zu bewegen. Auch in Bahnen muss hygienischer Abstand und mehr Qualität möglich sein. Das erfordert mehr Fahrzeuge, eine schnellere Taktung und den Ausbau des Liniennetzes. Das kostet viel Geld. Ein Teil davon muss aus dem Bremen Fonds kommen, aber ohne einen Stabilitätsfonds des Bundes für den ÖPNV wird es nicht gehen.“

Zudem sieht Ralph Saxe jetzt den Zeitpunkt für erhebliche Investitionen in bessere Rahmenbedingungen für den Rad- und Fußverkehr: „Den momentanen Schwung auf den Rad- und Fußwegen müssen wir über die Corona-Pandemie hinaus für mehr Klimaschutz mitnehmen. Kurzfristig sollten Protected Bike Lanes auf geeigneten Strecken im Stadtgebiet eingerichtet werden, zudem müssen die Radpremiumrouten und die autofreie City umgesetzt werden. Fußgänger\*innen können die gebotenen Abstandsregeln auf dichtgeparkten Gehwegen nicht einhalten. Hier sind flächendeckende Kontrollen nötig. Dafür muss die personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes konsequent fortgesetzt werden.“

Das ganze Positionspapier gibt's hier: [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)